

Peter Ruben
Was ist Sozialismus?

Zum Verhältnis von Gemein- und Personeneigentum
an Produktionsmitteln¹

Die gegenwärtige Krise in der DDR führt zunehmend zur Artikulation von Meinungen, die auf den vollständigen Verzicht des Gebrauchs des Wortes *Sozialismus* zur ideellen Bestimmung der weiteren Perspektive dieses Staates hinauslaufen. Seit Öffnung der Grenzen am 9. November 1989 mit dem Konsumgüterangebot in Westberlin und Westdeutschland in der sinnlichen Wahrnehmung konfrontiert, entwickeln mehr und mehr Menschen aus der DDR das Gefühl, in der Befriedigung ihrer persönlichen Bedürfnisse zu kurz gekommen zu sein. Und angesichts der Lage in der Volkswirtschaft der DDR sehen sie dann das Heil in der Herstellung der politischen Einheit beider deutscher Staaten. Die Realisierung dieser Vorstellung liefe selbstverständlich auf die Restauration des Systems der rein persönlichen Verfügung über die Produktionsbedingungen hinaus, auf die Wiederherstellung des Kapitalismus – natürlich in seiner gegenwärtigen westdeutschen Verfassung. So hätten wir dann den Vollzug von Urteilen wie „Der Sozialismus ist gescheitert“, „Marx ist tot und Jesus lebt“ u. ä. vor uns.

Diese Lage eines Großteils unseres momentanen gesellschaftlichen Bewußtseins, das damit weniger von der notwendigen Überlegtheit, desto mehr aber vom Gefühl der Empörung über Amtsmißbrauch und Korruption ehemaliger leitender Funktionäre geprägt ist, macht es unumgänglich, sich sozialtheoretisch des wirklichen Inhalts der Krise zu versichern.

¹ Erstveröffentlichung in: INITIAL. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft 1(1990)2. Druckfehler wurden vom Autor für diese Edition beseitigt sowie Anpassungen an die gegenwärtige Orthographie vorgenommen. Redaktionsschluß war der 5. Januar 1990. Der Artikel wurde natürlich zuvor hergestellt.

Ist der Sozialismus gescheitert?

Tatsache ist, daß die bisherige sozialökonomische Verfassung der DDR von ihren Ideologen „Sozialismus“ genannt wurde. Tatsache ist, daß eine sachliche ökonomische oder sozialtheoretische Analyse dieser Verfassung bisher gar keine Chance gehabt hat, das Licht der Öffentlichkeit zu erblicken. Sie wäre bereits im Vorfeld gescheitert und hätte ihren Urhebern die Kennzeichnung „Revisionisten“ eingebracht und des Weiteren in klassisch stalinistischer Manier die Fahndung mit dem Ziel der „Entlarvung einer partei- und staatsfeindlichen revisionistischen Gruppe mit einem gewissen X an der Spitze“. Tatsache ist also, daß die oben notierte momentane Depression des gesellschaftlichen Bewußtseins zusätzlich auch noch durch die Folgen der jahrzehntelangen Entmündigung des gesellschaftswissenschaftlichen Erkennens komplettiert und daher in schlimmer Weise vertieft wird. Angesichts dieser Situation sind wir auf das persönliche Engagement der Gesellschaftswissenschaftler zurückgeworfen und haben keine andere Chance zur Entwicklung wirklicher sozialtheoretischer Erkenntnis unserer Lage als die, persönlichen Auffassungen als möglichen, d. h. logisch konsistenten Meinungen Gehör zu schenken. Als eine solche Meinung bitte ich die folgenden Überlegungen zu betrachten.

1. Es versteht sich, daß der Gebrauch des *Wortes* Sozialismus nichts weiter als eine Vorstellungsassoziation induziert. Von einem *Begriff* kann beim bloßen Wortgebrauch keine Rede sein – gleichgültig, wer das Wort mit welcher Absicht ausspricht, ob der Mann auf der Straße oder der Generalsekretär einer Partei oder eines anderen Vereins (ich nenne einen „Verein“, eine „Union“ jede Gemeinschaft, die sich auf Grund einer Satzung Funktionalorgane schafft und aus Beiträgen der Mitglieder eine Gemeinschaftskasse unterhält).

2. Was bisher „Sozialismus“ genannt worden ist, stellt sich dar als System des Gemein- oder Volkseigentums einerseits und des genossenschaftlichen Eigentums andererseits bei ökonomischer Realisierung beiden Eigentums vermittelt der direktiven Naturalplanung durch den Staat, d. h. durch die *politische* Erscheinung unseres Gemeinwesens. In die ökonomische Rolle des Produzenten ist somit der Staat getreten, der die Produktionsbedingungen nach seiner Vorstellung vom bestehenden Bedarf verbindet, die Kombinatdirektoren und Betriebsleiter anweist, die gesetzten Pläne nach einer Unsumme von Kennziffern zu erfüllen. Wesentliche Investitionsentscheidungen sind unter dem Kommando des für die Marxsche Ökonomie völlig abstrusen „Primats der Politik über die Ökonomie“ gefällt worden. Der Austausch (d. i. der Markt) der produzierten Produktionsmittel ist innerhalb der Volkswirtschaft durch die Zuteilung ersetzt worden, hat also seine Reduktion auf den Außenhandel erfahren, dem staatlichen Au-

Benhandelsmonopol unterworfen. Allein im individuellen Konsumgüterangebot existiert der Restbestand des ökonomischen Austauschs, sofern in ihm der staatliche Produzent als Verkäufer oder Anbieter den Staatsbürgern gegenübertritt und diese mit ihren Ausgaben entscheiden, was von den angebotenen Produkten effektiv den Charakter von Gebrauchswertträgern hat. Logische Konsequenz dieser Situation ist das Anwachsen unabsetzbarer „Waren- und Materialbestände“ in der Volkswirtschaft einerseits und der individuellen Sparguthaben in Binnenwährung andererseits.

Die wesentliche Liquidation des Austauschs in der „Sozialismus“ genannten Volkswirtschaft findet ihre konsequente Spitze in der Preispolitik, d. h. in der politischen Entscheidung über die Proportionen der arbeitsteiligen Zweige eben dieser Volkswirtschaft. Sie hat die Subventionspolitik zur Folge und den gravierenden Umstand, daß die realen Kosten der verschiedenen Produktionen unerkennbar sind. Diese realen Kosten – das versteht sich für eine Volkswirtschaft, die mehr als 50% des Nationaleinkommens über den Außenhandel realisiert – können nur unter Voraussetzung der Weltmarktpreise ermittelt werden, für die es natürlich keine staatliche Preispolitik gibt.

Schließlich muß mit Nachdruck hervorgehoben werden, daß unsere bisherige Wirtschaftsverfassung die beständige Attacke auf die Entfaltung persönlicher Produktivkräfte in Gestalt privater Unternehmen einschließlich der noch bekannten halbstaatlichen Betriebe gewesen ist. Das Instrumentarium dieser kontinuierlichen abstrakten Negation persönlichen Unternehmertums reicht von staatlichen Auflagen über die Zulassung von Lehrlingen, den Abschluß von Arbeitsverträgen bis zu Einkommens- und insbesondere Gewinnsteuerbescheiden, die die Produktivitätsentfaltung – gegen die Interessen der Konsumenten – auf ein Minimum beschränken.

3. Wie soll man nun eine sozialökonomische Verfassung nennen, die wesentlich nur einen einzigen Produzenten kennt, den Staat, die entscheidend auf dem Ausschluß des Marktes, d. h. des Austausches, basiert, die mit dem Gebrauch einer reinen Binnenwährung die Außenwirtschaftsbeziehungen dem Staatsmonopol unterwirft? Wer die Geschichte des modernen ökonomischen Denkens kennt, wird wissen, daß eine solche Wirtschaftsverfassung in Deutschland erstmals von J. G. Fichte unter dem Namen „geschloßner Handelsstaat“ 1800 präsentiert worden ist.² Ich ziehe es vor, die zur Debatte stehende sozialökonomische Verfassung mit dem jungen Marx „rohen Kommunismus“ zu nennen und festzustellen: „Dieser Kommunismus – indem er die Persönlichkeit des Menschen überall negiert – ist eben nur der konsequente Ausdruck des Privateigentums ... Der Gedanke jedes Privateigentums als eines solchen ist *wenigstens* gegen das *reichere* Privateigentum als Neid und Nivellierungssucht gekehrt... Der rohe

² J. G. Fichte: Der geschloßne Handelsstaat. Hamburg 1979.

Kommunist ist nur die Vollendung dieses Neids und dieser Nivellierung von dem *vorgestellten* Minimum aus . . . Wie wenig diese Aufhebung des Privateigentums eine wirkliche Aneignung ist, beweist eben die abstrakte Negation der ganzen Welt der Bildung und der Zivilisation, die Rückkehr zur *unnatürlichen* Einfachheit des *armen*, rohen und bedürfnislosen Menschen, der nicht über das Privateigentum hinaus, sondern noch nicht einmal bei demselben angelangt ist."³ Und weiter heißt es bei Marx: „Die erste positive Aufhebung des Privateigentums, der *rohe* Kommunismus, ist also nur eine *Erscheinungsform* von der Niedertracht des Privateigentums, das sich als das *positive Gemeinwesen* setzen will.“⁴ Ich kann an dieser Stelle nur hinzufügen: Was für Marx 1844 zunächst nichts weiter als Gegenstand einer literarischen Kontroverse war, ist für uns heute praktischer, materieller Gegenstand wirklicher geschichtlicher Aufhebung. Unter welchen konkreten historischen Bedingungen auch immer die Einführung des „Kriegskommunismus“ legitimierbar war, seine Methode der Wirtschaftsleitung als gemeinschaftliche Dauerinstitution ist nichts anderes als die handgreifliche empirische Realität des rohen Kommunismus im Marxschen Sinne. Und die unter Führung Stalins 1928/29 realisierte Liquidation der von Lenin inaugurierten Neuen ökonomischen Politik war die fortlaufend perfektionierte Restauration des Kriegskommunismus, der beständige Krieg gegen die Persönlichkeit des Menschen, die kontinuierliche Subsumtion der Individuen unter den „Apparat“, d. h. unter das abstrakte Gemeinwesens eines Volkes, vorgestellt durch die „führende“ kommunistische Partei.

Ich vertrete also die These: Was jetzt den Gang ins Konkursverfahren antritt, ist mitnichten der Sozialismus, der überhaupt noch keine reale, dauerhafte geschichtliche Gestalt gefunden hat (abgesehen von der kurzen Versuchsperiode zwischen 1921 und 1928), sondern der rohe Kommunismus im Sinne der Marxschen Charakterisierung, den wir heute auch das System des Stalinismus nennen. Es versteht sich, daß eine solche These ökonomisch und sozialtheoretisch gründlicher nach ihren Voraussetzungen und Folgerungen bestimmt werden muß. Darauf wird hier verzichtet, weil es mir vornehmlich um einen vernünftigen Begriff des Sozialismus geht. Immerhin muß noch gesagt werden, daß das rein ideologische Stufenschema der gesellschaftlichen Entwicklung, nach dem der Sozialismus dem Kommunismus vorgeschaltet sei, kein Inhalt ernsthafter Wirtschaftsgeschichte ist, sondern nichts weiter als säkularisierte Religion, die den Namen des Paradieses durch den des Kommunismus ersetzt.

Wenn wir das Fremdwort *Kommunismus* nach seiner ökonomischen Bedeutung in der deutschen Sprache wiedergeben, so haben wir das allseits vertraute Wort *Gemein-*

³ K. Marx: ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844). In Marx/Engels, Werke, Ergänzungsband. Erster Teil, S. 534-535.

⁴ Ebenda, S. 535-536.

wirtschaft zur Verfügung. Und dann können wir sagen, daß es die Natur des rohen Kommunismus in der modernen Welt ist, die Wirtschaft einer Gemeinschaft, d. h. eines Volkes bzw. einer Nation (in solchen Gemeinschaften tritt uns die bürgerliche Gesellschaft entgegen, während etwa die klassisch antike Gesellschaft ihre Gemeinschaften in den Poleis hat), so zu reorganisieren, daß ausschließlich Gemeineigentum an den objektiven Produktionsbedingungen besteht und mittels der politischen Realisierung des Gemeinwesens (d. i. nicht die Gemeinschaft, sondern ihr Allgemeines für sich!), d. h. mittels des *Staats*, mehr oder weniger produktiv genutzt wird. Der rohe Kommunismus ist daher identisch mit der ausschließlichen Existenz der Gemeinwirtschaft, mit der fortwährenden Niederhaltung der Person als eines Wirtschaftssubjekts. Genau dies aber ist seine historische Schranke. Indem nämlich das persönliche Unternehmertum (ich spreche vom „Unternehmer“ im Sinne Schumpeters, nicht von jenen Unternehmern, die sich im Kapitalverhältnis zu Unternehmerverbänden gegen die Gewerkschaften zusammenschließen) im rohen Kommunismus niedergehalten wird und daher nur in der allseits bekannten „Schattenwirtschaft“ sein Dasein fristen kann, wird das Innovationspotential der abstrakten Gemeinwirtschaft verstopft und folglich die Wettbewerbsunfähigkeit auf dem Weltmarkt sukzessive hervorgebracht. Das geht so lange, bis der weltwirtschaftliche Kondratieffzyklus seine Depressionsphase erreicht, in der entschieden wird, was im Wettbewerb der internationalen Produktivkräfte weiter lebensfähig ist und was nicht mehr.⁵

In dem angedeuteten Sinne ist m. E. daher die entscheidende Frage in der wirklichen Aufhebung des rohen Kommunismus die nach der Stellung der Person als Wirtschaftssubjekt, die nach der ökonomischen Anerkennung der Persönlichkeit des Menschen im Wirtschaftsprozeß unter Voraussetzung des Gemein- bzw. Volkseigentums an den objektiven Produktionsbedingungen. Die Anerkennung dieser Persönlichkeit unter Voraussetzung der Liquidation des (originären) Gemeineigentums ist der Kapitalismus. Die Anerkennung aber dieser Persönlichkeit unter Voraussetzung des konkret bestimmten Gemeineigentums unter modernen industriellen Produktionsbedingungen ist der Sozialismus.

Warum ist die ökonomisch souveräne Person (und sie ist souverän als Vertragspartner sowohl anderer Personen als auch gegebener Gemeinschaften) für eine Volkswirtschaft so wesentlich? Das ist deshalb der Fall, weil alle Erfindungen und Entdeckungen durch Individuen, durch persönliche Tätigkeit in reelle Existenz treten. Gemeinschaften haben wohl Gemeinsinn, common sense, aber Gemeinschaften denken nicht, sondern

⁵ Zum Kondratieff-Zyklus siehe: T. Kuczynski: Das Problem der „langen Wellen“ – einige Überlegungen, in: ders. (Hrsg.): Wirtschaftsgeschichte und Mathematik, Berlin 1985, S. 89-120.

sind zur Entwicklung ihres Bewußtseins auf das individuell realisierte Denken und daher Erkennen angewiesen. Erfindungen und Entdeckungen unterstellen Denken und Erkennen und gehen ebendeswegen von den Individuen aus. Daher ist das Innovationspotential einer Volkswirtschaft in eben dem Maße gebildet, in dem individuelle Erfindungen und Entdeckungen zum Zuge kommen können. Das bedeutet insbesondere die reale Möglichkeit für Entdecker und Erfinder, ihre Ideen und Erkenntnisse durch sofortigen Zugriff auf materielle Produktionsmittel der Kritik des gesellschaftlichen Austauschs, d. h. des Weltmarkts, unterwerfen zu können. Das Risiko dieser Unterwerfung trägt natürlich der Eigentümer der zur ökonomischen Realisierung (d. i. die Innovation im Sinne Schumpeters) verwendeten und verbrauchten Produktionsmittel, im Falle der Eigentumslosigkeit des Erfinders also der Kreditgeber. Aber das Risiko ist Kennzeichen jeder versuchten Neuerung, muß daher unter allen sozialökonomischen Bedingungen getragen werden. Und es gibt gute ökonomische Lehren über Risikominimierung genug, so daß hier dazu weiter nichts zu sagen ist. Wichtig ist mir allein die These, daß das volkswirtschaftliche Innovationspotential mit der ökonomischen Anerkennung der Persönlichkeit des Menschen steht und fällt.

Indem der rohe Kommunismus genau diese Anerkennung versagt und ein beständiger Krieg gegen die Person ist, besiegelt er sein ökonomisches Schicksal mit der Pleite. Denn die kapitalistisch freigesetzte Person bleibt bei bloß nationaler Existenz des rohen Kommunismus weltwirtschaftlich natürlich erhalten, hat an den kapitalistisch verfaßten Nationen ihre politische Stütze und kann daher schließlich den technologischen Standard der modernen Produktivkräfte diktieren.

Worum geht es also in der gegenwärtigen Krise des rohen Kommunismus? Es geht darum, daß diese Krise wenigstens für die DDR die Alternative: Liquidation und Anschluß an die Bundesrepublik oder Öffnung der wirklich sozialistischen Möglichkeit hervorgebracht hat. Es geht darum, ob die wirtschaftlich unvermeidliche ökonomische Freisetzung der Person auf alte, bekannte, kapitalistische oder auf neue, unbekante, sozialistische Weise erfolgen soll. Diese Alternative wird jetzt entschieden. Und um sie mit halbwegs wissenschaftlich fundiertem Bewußtsein entscheiden zu können, muß die Frage: Was ist Sozialismus? mit möglichster Klarheit beantwortet werden.

Grundsätze des Sozialismus

Der rohe Kommunismus hat in der politischen Revolution über die Enteignung der Kapitalisten das Gemeineigentum an den objektiven Arbeitsbedingungen hergestellt (insofern das genossenschaftliche Eigentum in Landwirtschaft und Handwerk der staatlichen Naturalplanung unterworfen ist, hat es in Wahrheit eine bloße Scheinexistenz). Die Frage nach der Aufhebung des rohen Kommunismus ist daher zunächst die Frage: Wie halten wir es mit dem Volkseigentum?

Eine Antwort darauf könnte sein, daß irgendwelche Funktionäre im Reformeifer volkseigene Betriebe in Aktiengesellschaften verwandeln, um sodann durch Staatsbanken entsprechende Aktienmengen international anzubieten, so daß die ehemaligen Volkseigner eines Tages aufwachen und in ihrer Zeitung die Information erhalten, ihr Eigentum sei nunmehr Bestandteil eines international agierenden kapitalistischen Konzerns. Wer wissen möchte, wie das geschieht, der studiere das Schicksal der ungarischen Tungsram, die nunmehr im Bestand der US-amerikanischen General Electric geführt wird. Dies ist das letzte Trauerspiel, das der rohe Kommunismus aufführt. Mir ist nicht bekannt, ob das ungarische Volk gefragt worden ist, diesen Deal zu realisieren. Und es ist geradezu atemberaubend zu *sehen*, wie genau der junge Marx das Wesen des rohen Kommunismus als antizivilisatorische Gestalt des sich als Gemeinwesen setzenden Privateigentums vor nunmehr 145 Jahren erkannt hat. Ob sich leitende Funktionäre aus dem Volkseigentum Privateigentum z. B. in Gestalt abgezäunter Jagdgebiete verordnen oder sich das „Recht“ nehmen, volkseigene Betriebe ungescheut zu veräußern, tut nichts zur Sache. Es handelt sich in jedem Fall um die Verwirklichung des egoistischen Privatiers, der eben im rohen Kommunismus nicht wirklich überwunden ist, sondern nur andere Existenzbedingungen vorgegeben findet (z. B. anstelle der „Macht des Geldes“ die „Macht der Beziehungen“ erfährt und nutzt).

Man kann unser Verhältnis zum Volkseigentum aber auch anders sehen.

1. Selbstverständlich sind die Naturbedingungen der Produktion keine Produkte individueller oder persönlicher Tat. Sie werden originär von Gemeinschaften angeeignet, in der geschichtlichen Folge der Generationen kultiviert und bilden immer den Grund und Boden der ökonomischen Existenz eines Volkes. Der Kapitalismus – wenigstens im Sinne der Marxschen Theorie (und eine andere unterstelle ich hier nicht) – bricht erst durch, siegt weltgeschichtlich, wenn aus feudalen Lehen persönliches Privateigentum an Land gemacht wird. Dieses persönliche Landeigentum ist die *conditio sine qua non* des Kapitalismus (nicht das Geld, nicht der Zins und nicht die arge „Profitwirtschaft“). Es garantiert den Ausschluß der Arbeiter vom Grundeigentum und damit ihre Verfügbar-

keit für kapitalistische Lohnkontrakte. Es garantiert, daß die Grundrente in die Tasche der privaten Grundeigner fließt, obwohl sie keineswegs aus persönlicher Arbeit entsteht, sondern auf Grund der räumlichen Beziehungen der Wirtschaftssubjekte zueinander und der Fruchtbarkeitsunterschiede des Bodens. Die Grundstücksspekulationen, ein Übel fast aller städtischen Kommunen in ihrer ordentlichen Stadtplanung, machen für jeden anschaulich, was persönliches Privateigentum an Land praktisch bedeutet.

Aus diesen Bemerkungen läßt sich die Feststellung gewinnen: Das durch die kommunistische Revolution konstituierte Gemeineigentum an Grund und Boden, allgemeiner: an den Naturbedingungen der Produktion, ist unverzichtbare Fundamentalbedingung des Sozialismus. Die Personen können unter Voraussetzung der Existenz eines sozialistischen Gemeinwesens selbstverständlich den Boden einzeln und genossenschaftlich nutzen, aber die genutzten Grundstücke nicht verkaufen. Die Bodennutzung wird im Rahmen von Pachtverhältnissen realisiert, so daß mit Bezug auf das Gemeineigentum an Grund und Boden die Personen als Pächter von Volkseigentum auftreten. Die durch die Nutzung entstehende Grundrente fließt damit in die Kasse des Volkes, steht also dem Gemeinwesen für sich zur Verfügung. Das so verfaßte Verhältnis der Personen als einzelner zum Volk als Ganzem bedeutet keinerlei Beeinträchtigung der Produktivität der Landwirtschaft oder extraktiven Industrie. Es bedeutet nur, daß die durch die Existenz der Gemeinschaft in Bezug auf die Naturbedingungen ihrer Arbeit konstituierte Grundrente nicht privatisierbar ist, sondern einen Gemeinschaftsfonds speist, der für die ökonomischen Aufgaben des Gemeinwesens da ist.

Angesichts der gegenwärtigen weltweiten ökologischen Problemlage allein schon versteht sich, daß der Schutz und die Erhaltung der Naturbedingungen unserer Produktion nicht dem Privatinteresse der Individuen unterworfen bleiben darf. Denn dieses Privatinteresse wird unweigerlich stets versucht sein, ökologische und sonstige soziale Folgekosten der Gemeinschaft aufzubürden. Natürlich ist das Gemeineigentum an Grund und Boden für die Verwirklichung dieses gegen das Gemeinwesen gerichteten Interesses keine absolute Schranke, wohl aber ein definitiver Widerstand, dessen Wirkung natürlich auch vom Niveau der ökologischen Aufklärung über die ungewollten Folgen unserer Produktionen abhängt. Jedenfalls ist völlig klar: Hat die Gemeinschaft auch *ökonomische* Wirklichkeit in der Gestalt des Gemeineigentums an den Naturbedingungen der Produktion, so hat sie ökonomische Macht, und das Gemeinwesen ist potent, in Wirtschaftsfragen *wirtschaftlich* mitzusprechen.

2. Jede Volkswirtschaft, in der nicht nur Subsistenzproduktion betrieben wird, sondern gesellschaftliche Produktion für andere, produziert auch Geld, ob in Gestalt von Kaurimuscheln, Silbermünzen oder Spezialpapierscheinen, ist ganz gleichgültig. Es kann hier nicht der Ort sein, geldtheoretische Sätze zu formulieren. Mir geht es allein um das ökonomisch wohl unbestreitbare Faktum, daß die Geldschöpfung keine Privatangelegenheit von Personen ist, Geld existiert nur in wirtschaftenden Gemeinschaften, Weltgeld setzt den Weltmarkt voraus, auf dem die nationalen Währungen eine gewisse Kursrelation konstituieren. Geld ist also ein Geschöpf der Gemeinschaften und der durch den Austausch ihrer Produkte und Dienste realisierten menschlichen Gesellschaft. Die Anerkennung dieser objektiven Natur des Geldes bedeutet für die Frage nach der ökonomischen Natur des Sozialismus, daß die nationale Geldschöpfung Sache des Gemeinwesens ist. (Als solche Sache ist übrigens das Geld ursprünglich auch entstanden, nämlich als die geltende Abgabe zur Unterhaltung des Gemeinwesens, religiös als Opfer vorgestellt.) Daraus folgt ganz augenscheinlich, daß die nationale Zentralbank Gemeineigentum sein muß und nicht etwa als Aktiengesellschaft privater Bankiers auftreten kann, die den Staat zu ihrem Schuldner macht.

Mit dieser Feststellung ist natürlich völlig klar, daß alle romantischen Antikapitalismusattitüden, die sich die Denunziation des Geldes, des Zinses etc. eine Herzensangelegenheit sein lassen, für den wirklichen Sozialismus ohne jede Bedeutung sind. Sozialistische Volkswirtschaft ist entweder Geldwirtschaft oder überhaupt nicht vorhanden. Das Gerede von den „Ware-Geld-Beziehungen“, die „gestärkt“ werden müßten, obwohl die Realisierung des Markts für produzierte Produktionsmittel noch immer ausgeschlossen ist, verharrt in einer Absurdität, weil eben durch diese Einschränkung der Austausch, den das Geld als Wertdarsteller doch vermittelt, gerade unterbunden wird. Sozialistische Volkswirtschaft ist Geldwirtschaft, weil sie gar nicht anders existieren kann denn als Glied der Weltwirtschaft, der wirklichen ökonomischen Realität der menschlichen Gesellschaft. Und diese Weltwirtschaft, das ist wohl heute jedem klar, wird niemals die „Planwirtschaft“ eines rohkommunistischen Weltstaats sein, der zuteilt – „und damit basta“, um W. Harichs utopischen „Kommunismus ohne Wachstum“ zu zitieren⁶. Der Weltmarkt ist nicht die Inkarnation der schnöden wechselseitigen Prellerei, sondern das Medium des Austauschs von Produkten und Diensten national und lokal notwendig verschiedener Produktivkräfte; er ist die Institution der Zivilisation zur Selektion wert-

⁶ W. Harich: Kommunismus ohne Wachstum? Reinbek bei Hamburg 1975, S. 167. Der Autor schlägt die Abschaffung des Weltmarkts vor, die Introdution eines Weltwirtschaftsrats, der Kontingentierungsaufgaben für Industrieprodukte anweist und „für den Einzelnen . . . Rationierungskarten, Bezugsscheine, damit basta“.

bevorteilter persönlicher und gemeinschaftlicher Produktivkräfte, die immer nur in lokal besonderen natürlichen und menschlichen Umständen geäußert werden können. Und diesen gesellschaftlichen Austausch effektiver zu machen ist der Sinn des Geldes. (Man stelle sich nur die Zirkulationsdauer im reinen Produktentausch vor, um einzusehen, daß das Geld schon darum ökonomisch sinnvoll ist; weil es eben diese Dauer verkürzt, daher zusätzliche Produktionszeit ermöglicht.)

Mit dem Gemeineigentum am nationalen Bankensystem versteht sich, daß Gewinne aus Kreditgeschäften in die Kasse des Gemeinwesens fließen. Es liegt somit ein gemeinschaftliches Zinseinkommen vor. Und darin sehe ich die wahre Aufhebung der klassischen vorkapitalistischen Denunziation des Zinses, deren Grund immer die Verteidigung des bestehenden Gemeinwesens gegen Auflösungstendenzen war, die von der privaten Kreditvergabe ausgingen. Ist aber das Volk als solches der entscheidende Kreditgeber, so handelt es sich umgekehrt vielmehr darum, daß die persönlichen und genossenschaftlichen Produzenten als Schuldner des Gemeinwesens arbeiten, daher eine Zersetzung des letzteren infolge der „Zinsknechtschaft“ gar nicht eintreten kann. Gleichzeitig versteht sich, daß die Spareinlagen der Personen bei den Banken des Gemeinwesens ebendiese Banken zu Schuldnern jener Personen machen – und daß natürlich neben dem Arbeitseinkommen persönliches Zinseinkommen für den Sozialismus selbstverständlich ist. (Daß alles persönliche Einkommen im Sozialismus allein Arbeitseinkommen sein soll, ist eine rohkommunistische Dummheit, die durch ökonomische Ahnungslosigkeit genährt wird.)

Es versteht sich schließlich, daß eine sozialistische Nationalwährung konvertibel sein muß. Man kann nicht für den Außenhandel und zugleich für reine Binnenwährung sein, es sei denn, man sieht mit Fichte allein im Staat den kompetenten Außenhändler. Aber es ist ebenso klar, daß gegenwärtig der Übergang zur konvertiblen Währung nicht den Beginn der sozialistischen Wirtschaftsreform ausmachen kann. Manche Ökonomen, die nicht selten über den Markt die Produktion vergessen, finden in der gegenwärtigen Lage einen schrecklichen „Geldüberhang“ und die Notwendigkeit einer „Politik des knappen Geldes“. Diese Wahrnehmung allein der Zirkulation kann dann dazu führen, die nötige Reform von der Geldseite zu beginnen, womit Preis- und Einkommensfolgen impliziert werden, die zu erheblichen sozialen Konflikten führen können. Im Gegensatz zu dieser Sicht der Dinge bin ich für den Beginn der Reform auf der Seite der Produktion: Liquidation aller bürokratischen Schranken der freien Entwicklung der persönlichen und gemeinschaftlichen Produktivkräfte, d. h. völlige Gewerbefreiheit, ist die unverzüglich zu erfüllende Aufgabe. Und diese Aufgabenstellung bildet den sozialökonomischen Kern einer vernünftigen Sozialismuskonzeption.

3. Wenn es wahr ist, daß die rohkommunistische Struktur in der Setzung des Privateigentums als Gemeinwesen besteht, daher im beständigen Krieg gegen die Persönlichkeit der Menschen verteidigt wird, wenn es weiter wahr ist, daß der Kapitalismus im ökonomischen Ausschluß des Gemeinwesens wirklich ist, dieses Gemeinwesen nur in seiner *politischen* Realisierung kennt, d. h. den einzelnen Menschen nur als citoyen (mithin als Wähler irgendeiner Partei) in Freiheit setzt, dann ist die Frage nach dem Sozialismus identisch mit der nach der *ökonomischen* Persönlichkeit unter Voraussetzung der Existenz des Gemeineigentums an den Natur- und Gemeinschaftsbedingungen der Produktion. Mit anderen Worten: das ökonomische Sozialismusproblem mit Bezug auf die Aufhebung des rohen Kommunismus unterstellt die Gretchenfrage: Wie halten wir es mit dem *persönlichen Unternehmertum*?

Daß die rohkommunistische Ideologie den Privatunternehmer für den Feind an sich hält, versteht sich. Aber diese Ideologie basiert auf keinerlei ökonomischer Analyse, sondern nimmt in der Unternehmerperson nur den „Spekulanten“ wahr, der die böse „Profitwirtschaft“ will und die „Macht des Geldes“ zu gebrauchen weiß. Daß solche Kennzeichnungen „massenwirksam“ agitatorisch fungieren, hat wissenschaftlich gar keine Bedeutung. Und wenn es um den Sozialismus geht, so kann er nur mit Voraussetzung der Wissenschaft gewonnen werden, mit der Liquidation des Anspruchs bloßer Ideologie, geltende Wahrheit zu sein. Lassen wir also die rohkommunistische Ideologie beiseite und fragen: Worin besteht die unhintergehbare wirtschaftliche Funktion der Person?

Neben den Naturbedingungen der Produktion unterstellt alle Arbeit produzierte Produktionsmittel, die originär auf Entdeckungen und Erfindungen von Personen zurückgehen. Daß die ökonomische Realisierung dieser Inventionen zur Bildung auch kooperierender Gemeinschaften führt, widerspricht dem nicht, sondern macht nur klar, daß Personen auf Grund ihrer Fähigkeiten gemeinschaftsbildend wirken können. Wenn aber produzierte Produktionsmittel die Artefakte sind, die persönliches Schöpfertum im Wirtschaftsprozeß wesentlich ausweisen, dann ist das persönliche Unternehmertum eine ökonomische Instanz unabhängig von der historischen Besonderheit ökonomischer Formation. Dann ist es insbesondere nicht a priori kapitalistisch! (Die Wirtschaftsgeschichte weiß diese Feststellung gut zu legitimieren.) Unterstellen wir Schumpeters Unternehmerbegriff⁷, so ist das Unternehmertum wesentlich mit der persönlichen Durchsetzung von Innovationen gekoppelt. Und diese Durchsetzung ist immer der Bruch mit bestehenden Produktionskreisläufen. Solcher Bruch mit dem Resultat der

⁷ J. A. Schumpeter: Unternehmer: Neu abgedruckt in: ders.; Beiträge zur Sozialökonomik, Hrsg. v S. Böhm, Wien/Köln/Graz 1987, S. 137-157.

Produktivitätssteigerung ist aber nur wirklich möglich, wenn der potentielle Unternehmer in den Besitz der zur Innovation erforderlichen Produktionsmittel gelangt. Sind sie durch ausschließliches Gemeineigentum und staatliche Naturalplanung gebunden, so bleibt die Innovation ein frommer Wunsch. Folglich bedarf die Freisetzung persönlicher ökonomischer Initiative des Austauschs produzierter Produktionsmittel ebenso wie eines entwickelten Kreditsystems.

Damit ist deutlich, daß die sozialistische Aufhebung des rohen Kommunismus die Zulassung des persönlichen Eigentums an produzierten Produktionsmitteln erzwingt, daß also die sozialistische Wirtschaftsreform die Einführung des Markts für eben diese Produktionsmittel zum Ziel haben muß. Persönliches Unternehmertum und Arbeitsmittelmarkt bedingen einander.

Weiter ist völlig klar, daß persönliche Unternehmungen in ihren Erlösen Gewinne („Unternehmergewinne“) ausweisen, also gewinnorientiert wirtschaften müssen. Im Gewinn erscheint ökonomisch nicht die Raffgier des Privatiers, sondern das Wachstum des Unternehmens, das seine Basis in der Befriedigung effektiver Nachfrage hat. Der Gewinn ist die eigentliche Quelle möglicher Produktivkraftentwicklung und kann daher niemals ein Gegenstand der Attacke sein – es sei denn, daß keine Entwicklung gewollt werde. Das wirklich sozialistische Verhältnis zum Gewinn wird vielmehr durch eine Gewinnsteuergesetzgebung realisiert, die auf die Verteilung des erwirtschafteten Gewinns zwischen Gemeinwesen und eben den Personen hinausläuft, die ihn erzielt haben. Die Gewinnsteuer darf nicht willkürlich durch staatliche Finanzämter ad hoc dekretiert werden, sondern muß eine entwickelte ökonomische Steuertheorie für ihre rechtswirksame Bestimmung zur Grundlage haben, d. h. vor allem darauf abzielen, die Innovationspotenz der Volkswirtschaft zu erhalten und zu mehren. Der Gewinn ist der definitive Ausweis dessen, was man gegenwärtig in der Wirtschaft „Leistung“ nennt, „Leistung“ nämlich des Unternehmers. Der nach Steuerabzug dem Unternehmer verbleibende Gewinn muß daher unantastbar sein und allein seiner persönlichen Verfügung unterliegen.

Ich halte es für sehr wohl denkbar, daß unter sozialistischen Voraussetzungen Unternehmergewinne teilweise zu Gewinnbeteiligungen der Arbeiter der fraglichen Unternehmen führen, ja daß aus persönlichen Unternehmungen auf diese Weise genossenschaftliche werden. Ebenso sind sicher Stiftungsbeteiligungen zur Unterhaltung von Fonds für Kultur und Wissenschaft zu erwarten. Das alles muß der Entscheidung der entsprechenden Personen überlassen bleiben.

Fragt man, ob eine solche Auffassung des persönlichen Unternehmertums nicht die Restauration des Kapitalismus einschließe, so kann diese Frage wissenschaftlich vernünftig nicht ohne Voraussetzung eines ökonomisch präzisen Kapitalbegriffs beantwortet

tet werden. Die Vulgäransicht, die mit den *Wörtern* „Kapital“ und „Arbeit“ operiert, hilft hier gar nicht, wie eingewurzelt sie immer sei. Und wenn gegenwärtig in der DDR von vielen Leuten der „Kapitalbedarf“ unseres Landes angesichts des Zustands unserer Anlagen und Ausrüstungen beschworen wird, so zeugt das nur für das tatsächliche Niveau der erreichten ökonomischen Aufklärung. Offenbar befindet sie sich noch immer auf dem Standpunkt jenes Opernseufzers, der angesichts der 5.000 Taler fragt: „Was fang ich mit dem Kapitale an?“ Gegen solche Ansicht ist zunächst festzuhalten, daß eine Menge Geldes, ob konvertibel oder nicht, nicht das Geringste mit Kapital zu tun hat. Sie ist liquides Vermögen, aber kein Kapital. Wird sie verliehen, bildet sie eine Kreditsumme, führt daher zum Zinsertrag, ist aber noch immer nicht zu Kapital geworden. Zins ist kein Kapitalertrag, sondern Anteil am Zuwachs, der durch produktiv eingesetzten Kredit entsteht. Die entscheidende Bedingung der Kapitalbildung ist der Einsatz persönlichen Geldvermögens zum privaten Erwerb von Produktionsbedingungen so, daß die damit ermöglichte Produktion auf eigene Rechnung des Investors realisiert wird. Zu diesen Produktionsbedingungen gehören sowohl die erforderlichen Naturbedingungen der Arbeit (erworbenes oder von privatem Eigentümer gepachtetes Grundstück) als auch produzierte Produktionsmittel wie schließlich der private Lohnkontrakt, durch den der Arbeiter zum zeitlich begrenzten Schuldner des Kapitalisten wird. (Die Arbeitskraft wird nicht verkauft, sondern die Arbeit in der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit wird zum Schuldendienst für die Tilgung des vorgeschossenen Lohns, des, mit Marx zu sprechen, variablen Kapitals.) Kapital ist damit auch für künftige Produktion ausgegebenes Geld (negativer Wert) und erscheint ganz richtig in den Büchern als Debet. Es ist das komplett privatisierte Produktionsvermögen in der Verfügungsgewalt des Kapitalisten (wozu insbesondere auch die Arbeits- bzw. persönliche Produktivkraft des Arbeiters gehört). Und es wird sozialökonomisch durch die Ausbildung des privaten Bankgewerbes stabilisiert.

Die Vulgäransicht, nach welcher produzierte Produktionsmittel als solche „Kapital“ seien, deutet bereits den ersten Menschen, der einen bearbeiteten Stein als Werkzeug verwendet, als „Kapitalisten“ oder Kapitalinhaber. Die wirkliche Kapitalbildung ist die Subsumtion aller Produktionsbedingungen unter die Entscheidungskompetenz der Person. Sie setzt daher persönliches Landeigentum und privates Bankgewerbe voraus. Ebendeshalb ist das Gemeineigentum an den natürlichen Produktionsbedingungen wie am Bankensystem a priori Ausschluß des Kapitalismus. Der sozialistische persönliche Unternehmer tritt als Pächter gemeineigenen Landes wie als Schuldner des Gemeinwerts auf. Er macht daher keinen Profit (d. i. die Summe aus Zins und Unternehmergewinn), wohl aber Gewinn (im Fall des Unternehmenserfolgs), den er freilich via Ge-

winnsteuer mit dem Gemeinwesen teilt und via Gewinnbeteiligung mit seinen Mitarbeitern. In dieser Verknüpfung des persönlichen Unternehmertums mit dem ökonomisch präsenten Gemeinwesen sehe ich den wirtschaftlichen Kern der sozialistischen Ökonomie.

4. Es versteht sich, daß die so verstandene Wirtschaftsverfassung des den rohen Kommunismus aufhebenden Sozialismus die vorbehaltlose Anerkennung des Markts als der einzigen ökonomisch vernünftigen Preisbildungsmethode einschließt. Der Markt ist nicht kapitalistisch. Er verkörpert vielmehr die Selbstbestimmung der Zivilisation, bei vorausgesetzten, unterschiedenen Eigentümern gesellschaftlich zu produzieren d. h. eigene Bedürfnisse mit fremden Produkten oder Diensten dadurch zu befriedigen, daß eigene Produkte oder Dienste für fremde Bedürfnisse hervorgebracht werden. Die Gesellschaft überhaupt wird durch diesen Austausch konstituiert. Die Liquidation des Markts ist daher identisch mit dem Ausschluß der Gesellschaftlichkeit der Menschen, mit der Reduktion auf bloße Gemeinschaftlichkeit, die wir auf Grund der sexuellen Reproduktion bereits als reines Naturphänomen in die Menschengeschichte einbringen. (Die Kooperation ist die bestimmende Bedingung der Gemeinschaft im Unterschied zur Gesellschaft, die durch Austausch realisiert wird.)

Der rohe Kommunismus, indem er im Austausch seinen eigentlichen Gegner sieht, lebt in dem Wahn, die menschliche Gesellschaft durch die Gemeinschaft ersetzen zu können, die Gemeinschaft umgekehrt als die wahre Gesellschaft zu sehen. Daher die rohkommunistische Liquidation der berühmten Dreiteilung der Gewalten (die natürlich keine bürgerliche Erfindung ist, wenngleich in der Aufklärung thematisiert), die Denunziation des formellen Rechts, aber eben auch die Exkommunikation mißliebiger Staatsbürger selbst aus der Gemeinschaft der Staatsbürger. Der nun proklamierte Rückgriff auf den Markt ist die Resurrektion des Austauschs, also der Gesellschaftlichkeit und damit das Ende des rohen Kommunismus.

Er ist aber keine abstrakte Negation der Wirtschaftsplanung, durch entsprechende Organe des Gemeinwesens. Die Vorstellung eines exklusiven Gegensatzes zwischen Markt und Plan ist ökonomischer Dilettantismus – oder gezielte ideologische Plattitüde zur Denunziation der sozialistischen Entwicklungsmöglichkeiten. Geplant wird, seit Menschen nicht mehr von der Hand in den Mund leben, d. h. nach dem Stand ihrer Vorräte ihre Arbeitsaufwände kalkulieren. Und der Markt besteht mindestens seit der Zeit, da eigne Rohstoffvorkommen nicht mehr hinreichten, eigne Produktionen aufrechtzuerhalten. In der römischen Antike reichte der Weltmarkt bereits vom Pazifik bis zum Atlantik. Was mit dem sozialistischen Markt wirklich zur Debatte steht, ist die Liquidation

der staatlichen *Naturalplanung*, unter welcher die *Volkswirtschaft* wie eine *Betriebswirtschaft* mit genau einem Generaldirektor an der Spitze geleitet wird – eine bittere Realabsurdität, die jeder ökonomischen Lehre höhnt. Was zur Debatte steht, ist die Verwandlung des sozialistischen Wettbewerbs aus einer Phrase in handgreifliche wirtschaftliche Realität, die auch den Gang zum Konkursrichter einschließen muß. Mit dieser Einführung des Austauschs (der „Verkehrswirtschaft“) muß die ökonomische Planung des Gemeinwesens zur Wertplanung werden und die Wachstums- und Entwicklungschancen der Volkswirtschaft mit Bezug auf die Evolution des Weltmarkts erkennen und bestimmen. Die genaueste Kenntnis der internationalen wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen ist dafür unerläßliche Bedingung, so daß staatliche Planungsorgane nicht etwa beseitigt, sondern zur Versammlung geballten Sachverstands im Interesse unserer Volkswirtschaft umgestaltet werden müssen. Die *Naturalplanung* wird damit Sache der Betriebswirtschaft, in der sie selbstverständlich unter der ökonomischen Norm der Gewinnerschöpfung steht.

Planung durch das Gemeinwesen und Markt, der die Gesellschaftlichkeit trägt, schließen einander nicht aus, sondern bedingen einander, indem beide quasi unter dem Kommando des Wertgesetzes stehen. Sinkende Gewinne in einer Branche signalisieren die eintretende Notwendigkeit der Reorganisation der Produktionsbedingungen. Und die Planung muß die Möglichkeit gewinnträchtiger Reorganisationen erschließen. – Wenn man bedenkt, daß in der japanischen Volkswirtschaft angesichts der Lage auf dem Weltmarkt die Schiffsbaukapazität in 3 Jahren auf 50% reduziert worden ist, ohne daß ersichtliche Sozialkonflikte eingetreten sind, so hat man eine gute Anschauung für das Zusammenspiel von Markt und Plan. Lassen wir uns also nicht von Leuten, die gegen die rohkommunistische Ideologie die Plattitüden des kapitalistischen common sense kehren, einreden, die Planwirtschaft müsse stante pede durch die „freie Marktwirtschaft“ ersetzt werden. Ein so benanntes Unikum hat es in der wirklichen Wirtschaftsgeschichte nie gegeben. Es ist allein ein ideologisches Monstrum, das der Privatier stets dann artikuliert, wenn er sich seines Vorteils in der Konkurrenz sicher ist. Ist das nicht der Fall, wird regelmäßig der Staat zum Schutz der bedrohten Sonderinteressen aufgefördert. Man betrachte nur die Landwirtschaftspolitik der EG, um die nötige Aufklärung über den Sinn der Phrase von der „freien Marktwirtschaft“ zu erlangen.

Schlußbemerkung

Die gegenwärtige Denunziation des Sozialismus unterstellt die rein ideologische Annahme, daß die nun bankrotte stalinistische Wirtschaftsleitung eine Art von „Sozialismus“ gewesen sei. Der „Spiegel“ spricht gar von einer „Marx-Wirtschaft“ – in fröhlicher Ignoranz gegen den nachweisbaren Sachverhalt, daß Marx niemals die Emanzipation der Arbeiterschaft in der Unterwerfung der Individuen unter den Staat realisiert gesehen hat, daß ihm der Kampf der Arbeiter als *Klasse* nie etwas anderes gewesen ist, als der Kampf um die Aufhebung der Klassengesellschaft überhaupt, um die Reorganisation der Gesellschaft als Assoziation freier Personen.

Natürlich kann nicht bestritten werden, daß die stalinistische Ideologie das von ihr ausgedrückte System „sozialistisch“ genannt hat. Aber wenn wir schon mit dem Stalinismus Schluß machen wollen, wozu brauchen wir dann noch die unreflektierten Sprachfestlegungen seiner Ideologie? Kommt es dann nicht eher darauf an, sich den tatsächlichen sozialökonomischen Inhalt dieses Systems zu erschließen? Dieser ist aber nichts anderes als die wesentlich politisch-militärische Durchsetzung der subjektiv vorgestellten Interessen des Gemeinwesens durch seine obersten Vertreter mittels des „Apparats“. Er ist die Liquidation des Austauschs, d. h. der Gesellschaftlichkeit, und seine Ersetzung durch die Zuteilung, womit die Hierarchisierung der Gemeinschaft unweigerlich verbunden ist. Er ist der stete Angriff auf die Persönlichkeit der Menschen und daher die Verstopfung des Entwicklungspotentials, die Erhaltung des Bestehenden – und folglich die Produktion der Stagnation. Dieser Inhalt hat mit dem Sozialismus nur insofern etwas zu tun, als er eine seiner historischen Voraussetzungen ist – wie der Kapitalismus auch. Er ist nicht der Sozialismus, sondern der im wesentlich politischen Kampf als abstrakte Negation des Kapitalismus konstituierte rohe Kommunismus im Marxschen Sinne. Er befreit nicht die Arbeiterperson, sondern verhimmelt die Arbeiterklasse, die doch nur ist, insofern die Arbeiter sich im politischen Kampf gegen eine andere Klasse vereinen, also gerade nicht befreit sind. Daher stellt er nicht die Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern die der Erhaltung der politischen Macht, die zur privaten Verfügung über das Gemeinwesen verkommt.

Mit dieser Sicht des sozialökonomischen Inhalts des Stalinismus kann der Blick wohl frei werden für das, was vernünftig „Sozialismus“ im Sinne der Lösung der klassischen „sozialen Frage“ genannt werden mag. Die Arbeiterbewegung, selbst ein Ausdruck der realen Existenz dieser Frage, hat den Sozialismus immer als ihre Beantwortung anvisiert. Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß die soziale Frage erledigt sei, daß die Arbeiterbewegung verende. Daher ist sicher alles Gerede vom „Ende des Sozialismus“ Ausdruck allein der Krise des gesellschaftlichen Bewußtseins in der gegenwärtigen

gen wirtschaftlichen Depressionslage, drückt es eine Stimmung aus, aber kein Wissen. Die Frage nach der vernünftigen sozialökonomischen Verfassung gemeinschaftlicher Produktion bei gesellschaftlichem Austausch wird stets erneut gestellt werden, sei es im Sinne der Forderung nach der „Neuen Weltwirtschaftsordnung“, nach der Bewältigung der ökologischen Krise, die wir mit hemmungslosem Industrialismus selbst erzeugt haben, nach der Beseitigung des Hungers in der „dritten Welt“ etc. . . . Und alle diese Aspekte haben ihren einheitlichen Grund im Sozialismusproblem, dessen Lösung die Bildung einer Gesellschaftsordnung ist, welche die freie Entwicklung der persönlichen *und* gemeinschaftlichen Produktivkräfte ermöglicht.

Theoretisch ist die Lösung des Sozialismusproblems natürlich nicht mit der Sammlung einiger ideologischer Dogmen gegeben, sondern allein im Ansatz mit Hypothesen, die sich in der Umgestaltung als einem Experiment bewähren und neue Erfahrungen induzieren müssen. Die Sozialismustheorie ist als Antizipation und Reflexion der praktischen sozialistischen Bewegung zu gewinnen, die nicht unbestimmte „Ideale“ oder „Werte“ zu realisieren, sondern konkrete, vor allem ökonomische Probleme zu lösen hat. Daß sich dieses Problemlösen auf die grundsätzliche Voraussetzung der konkreten Einheit des Gemein- und Personeneigentums bezieht, ist die Überlegung, die hier wenigstens anzudeuten war.